

5. Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2020/21

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 20. Dezember 2022 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 23. März 2022

KR-Nr. 49/2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Verwaltungsratspräsidenten der EKZ, Rolf Schaeren. Es gilt der gleiche Behandlungsablauf wie beim vorhergehenden Geschäft: Zuerst der Präsident der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*) zehn Minuten, dann der Verwaltungsratspräsident zehn Minuten und dann die Fraktionssprechenden zehn Minuten und am Schluss je fünf Minuten die Mitglieder des Rates.

André Bender (SVP, Oberengstringen), Präsident der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Die EKZ-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2021 bei einem konsolidierten Umsatz von 805,1 Millionen Franken einen Unternehmensgewinn von 142,6 Millionen Franken erzielt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 61,7 Prozent. Der EBIT (*Gewinn vor Zinsen und Steuern*) liegt im Berichtsjahr mit 77,5 Millionen Franken über dem Vorjahreswert von 61,3 Millionen Franken, was unter anderem den positiven Einmaleffekten, wie der Übernahme der Marktkunden von der Primeo Energie AG (*Schweizer Energieversorgungsunternehmen*) und der Verkaufsgewinne der Anteile einer Fotovoltaik-Anlage zu verdanken ist. Eine ausserordentliche Steigerung um 109 Prozent gegenüber dem Vorjahr hat das Finanzergebnis mit 70 Millionen Franken erreicht. Grund dafür waren die Veräusserungen von Anteilen der Aveniq AG (*Schweizer IT-Unternehmen*), die positive Entwicklung der Finanzmärkte, der Ertrag aus der Repower-Beteiligung (*internationales Energieversorgungsunternehmen*) und die seit sieben Jahren erstmals wieder ausgeschüttete Dividende der AXPO Holding AG (*Schweizer Energiekonzern*). Die Abschreibungen entsprechen mit 97,4 Millionen Franken dem Vorjahresniveau.

Im Sinne ihres Auftrags haben die EKZ auch im Geschäftsjahr 2021 hohe Investitionen in das Verteilnetz getätigt. Weiter wurden im Bereich der erneuerbaren Energien ein neuer Windpark und Solaranlagen im Ausland in Betrieb genommen. Zudem wurde erneut signalisiert, dass die EKZ inländische Investitionen unter den richtigen Rahmenbedingungen zukünftig gerne tätigen würden.

In der Jahresrechnung der EKZ resultierte für das Geschäftsjahr 2021 bei einem Umsatz von 663,4 Millionen Franken ein Unternehmensgewinn von 118,8 Millionen Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 105,5 Prozent. Der EBIT erhöhte sich um 11,2 Millionen auf 55,8 Millionen Franken, das Finanzergebnis auf 61,4 Millionen Franken. Am guten operativen Ergebnis konnte auch der Kanton Zürich mit einer gesetzlichen Gewinnausschüttung von

30 Millionen Franken und die Gemeinden mit einer freiwilligen Ausgleichsvergütung von 11,3 Millionen Franken partizipieren.

Die Finanzkontrolle präsentierte der AWU im März 2021 ihrem Bericht zur Aufsichtsprüfung Risikomanagement bei den EKZ. Der Prüfungsgegenstand bestand in der Beurteilung der damit verknüpften Governance, den eingerichteten Prozessen und der Risikobeurteilung. Insgesamt hat die Finanzkontrolle einige Punkte besonders hervorgehoben: Erstens sei es wichtig, dass die nächste EKZ-Gesetzesrevision genutzt werde, um eine gesetzliche Grundlage über die Verantwortung des Verwaltungsrates für das Risikomanagement und interne Kontrollsystem zu verankern. Die EKZ haben zwar beides aus eigenem Antrieb eingerichtet, doch findet auch die AWU, dass eine rechtliche Kodifizierung durch den Regierungsrat vorzunehmen sei.

Weiter ist gemäss der Finanzkontrolle nicht eindeutig, ob die Steuerung der EKZ über die Eigentümerstrategie durch den Regierungsrat oder über das EKZ-Gesetz und den Kantonsrat erfolgt. Bezüglich Governance stellt sich die Frage, ob die Eigentümerstrategie, basierend auf den Public-Corporate-Governance-Richtlinien des Regierungsrates, als Steuerungsinstrument geeignet ist, um aus Sicht des Regierungsrates unerwünschte Entwicklungen zu unterbinden. Diese bereits früher angesprochene Steuerungsproblematik zwischen der Regierung und den EKZ muss aus Sicht der Kommission endlich bereinigt werden, indem auf eine gemeinsame Linie hingearbeitet wird. Als dritten und vierten Punkt führte die Finanzkontrolle aus, dass die aus dem Jahr 2008 stammende Risikopolitik aufgrund der aktuellen Situation der EKZ-Gruppe überarbeitet werden müsse. So sieht Paragraph 2 des EKZ-Gesetzes den Einbezug von Versorgungs- und Umweltrisiken vor und nicht bloss ein auf finanzielle Risiken ausgerichtetes Risikomanagement.

Die AWU begrüsst ein solches Unterfangen und erwartet von den EKZ eine Präsentation der Ergebnisse bezüglich des Umgangs mit neu identifizierten Risiken. Ferner sollen zukünftig die direkte Auftragserteilung sowie die Definition des Prüfungsumfangs der internen Revision durch den Prüfausschuss des Verwaltungsrates und nicht durch die Geschäftsleitung vorgenommen werden. Sechstens soll eine stabile Governance, ein direkter Zugang des Risikomanagements zum Verwaltungsrat unterstützt werden. Die AWU erwartet von den EKZ in dieser Hinsicht informiert zu werden. Als siebten Punkt führte die Finanzkontrolle ins Feld, dass die Anteilsteilung an der AXPO zwischen EKZ und Kanton hinsichtlich Einflussnahme auf Risiken, Risikomanagement, Governance und Geschäftsstrategie suboptimal sei. Weiter ist mit der Abspaltung des Marktkundengeschäfts eine Minderheitsstellung für die EKZ entstanden, weshalb das Risikomanagement nur in die Regel möglich sei.

Die Zusammenarbeit zwischen Finanzkontrolle, EKZ und AWU in dieser Form ist neu, weshalb sie sich zuerst einspielen muss. Trotzdem hat die Kommission den Wunsch an die EKZ geäußert, dass diese künftig eingehendere Stellungnahmen im Zusammenhang mit Prüfungen der Finanzkontrolle formulieren solle. Laut den EKZ wird dies zukünftig auch so gehandhabt. Betreffend die Versorgungssicherheit in der Schweiz hat sich die AWU von den EKZ realistische Szenarien vorstellen lassen. So wird sich die Situation ab Ende 2025 aufgrund des

Clean-Energy-Package verschärfen, da die europäischen Übertragungsnetzbetreiber 70 Prozent der Kapazität für den Handel zwischen EU-Staaten freihalten werden. Ein Export in die Schweiz könnte dementsprechend eingeschränkt werden, was sich besonders auf die Wintermonate auswirken würde.

Im Rahmen der Visitation 2021 befasste sich die Subkommission EKZ mit dem Thema «Versorgungssicherheit und smarte Anwendungen», wobei Steuerungsmöglichkeiten von Verbrauchern und Netzlastzugriffsmöglichkeiten der heutigen Smart Meter und Entwicklungen im Zusammenhang mit autonomen Häusern und Smartphones im Zentrum standen. Was die Optimierung der Netzlast anbelangt, wird die Gesetzgebung zur Energiestrategie 2050 eine bedeutende Rolle spielen. Vorgesehen ist eine dezentrale Stromerzeugung, welche die EKZ mit dem Pilotprojekt «Ortsnetz in Winkel» testen.

Weiter hat sich die AWU mit dem Thema der intelligenten Stromzähler, sogenannten Smart Meter, befasst. Diese eruieren effizient, wo zukünftig Strom gespart werden kann. Bis 2027 müssen 80 Prozent der herkömmlichen Stromzähler bei den Verbrauchern sowie den Betreibern durch Smart Meter ersetzt werden. Nebst den zahlreichen Vorteilen für die Verbraucher bedeutet die Einführung des Smart Meters für die EKZ vor allem, eine datenbasierte und damit optimierte Netzplanung vornehmen zu können.

Ich komme zum Schluss: Die Mitglieder der AWU danken der Geschäftsleitung der EKZ für die angenehme und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für ihren Einsatz zum Wohle des Kantons Zürich. Die AWU hat die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ für das Geschäftsjahr 2021 geprüft und den Revisionsbericht der Price Waterhouse Coopers AG behandelt und beantragt dem Kantonsrat einstimmig deren Genehmigung. Besten Dank.

Rolf Schaeren, Präsident des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Die EKZ können auf ein sehr erfreuliches Geschäftsjahr 2020/2021 zurückblicken. Das Betriebsergebnis EBIT betrug 77,5 Millionen Franken und das Unternehmensergebnis war mit 142,6 Millionen Franken deutlich höher als im vergangenen Geschäftsjahr; dies auch aufgrund von Sondereffekten und einem ausserordentlichen Einfluss durch das Finanzergebnis. Die EKZ haben ihre hohe Leistungsfähigkeit in einem anhaltend unruhigen Umfeld bestätigen können.

Was sind unsere Ziele? Wir wollen weiterhin die Stromproduktion im Inland stärken. Das Umfeld der EKZ wird auch in den kommenden Monaten und Jahren sehr herausfordernd bleiben. Der steigende Energiebedarf, kombiniert mit einem möglichen Strommangel insbesondere in den Wintermonaten, erfordert ein vorausschauendes Handeln. Dazu gehört für die EKZ seit Jahren der konsequente Ausbau von Strom aus erneuerbaren Energien in der Schweiz, auch wenn die aktuellen politischen Rahmenbedingungen durchaus eine Herausforderung darstellen, neue Projekte zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien wirtschaftlich umzusetzen.

Die Investitionsschwerpunkte im Inland lagen bisher in der Solarenergie und der Wasserkraft. Ab diesem Geschäftsjahr legen wir den Fokus auch auf Windkraftanlagen. Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 durch die Schweizer Stimmbürger wurde die Grundlage für den Ausbau von erneuerbaren Energien gelegt. Der Kanton Thurgau hat sich daraufhin mit der Frage befasst, wie die regionale Produktion von erneuerbarer Energie ausgebaut werden kann. Im Mai 2020 hat der Grosse Rat des Kantons Thurgau die Richtplanänderung Windenergie beraten und schliesslich deutlich angenommen. Eines dieser Gebiete umfasst den östlichen Teil des Wellenbergs auf dem Gebiet der Gemeinde Thundorf direkt neben Frauenfeld. Im kommenden Jahr wird auf kommunaler Ebene über eine entsprechende Zonenänderung entschieden. Die geplanten acht Windkraftanlagen könnten künftig rund 18'000 Haushalte mit Strom versorgen. Wir sind stolz darauf, dass der Kanton Thurgau die EKZ als Projektpartner gewählt hat, und wir sind natürlich gespannt darauf, wie die Bevölkerung entscheiden wird.

Während wir auf der einen Seite die Produktionskapazitäten erhöhen, sind wir mit unserer Energieberatung aktiv, um die Energieeffizienz in Privathaushalten und Unternehmen zu erhöhen. Das ist wichtig, denn der Stromverbrauch wird in Zukunft durch die Elektrifizierung der Mobilität und Wärmezeugung zunehmen, weshalb eine effiziente Nutzung des Stroms bedeutsam ist. Parallel dazu fördern wir die Dekarbonisierung sowohl in der EKZ-Gruppe als auch bei unserer Kundschaft.

Stromversorgung in Zeiten des Strommangels wird zunehmend zum Thema. Deshalb sind die Erhöhung der Energieproduktion und die Steigerung der Energieeffizienz sehr wichtig. Die Situation eines Strommangels ist in den vergangenen Monaten immer wieder in den Medien aufgetaucht, weil ein Strommangel vor allem in den Wintermonaten tatsächlich ein ernst zu nehmendes Szenario darstellt. Der Abbruch der bilateralen Verträge und damit das fehlende Abkommen mit der EU wird die Strombranche in den kommenden Jahren stark beschäftigen. Die Versorgungssicherheit im Kanton Zürich ist eine Aufgabe mit geteilter Verantwortung. Da die EKZ vor allem ein Stromverteiler sind und nur am Rande ein Stromproduzent, können wir weitgehend nur den Strom verteilen, den wir erhalten, und sind dabei auf die vorgelagerten Netze angewiesen.

Die EKZ werden weiterhin alles daransetzen, die Versorgungssicherheit auf dem heutigen sehr hohen Niveau sicherzustellen und die Kundinnen und Kunden zuverlässig mit Energie zu beliefern. Wir machen das mit Investitionen in die Digitalisierung des Verteilnetzes sowie in innovative Projekte.

Ich komme zum Ausblick: In diesem Geschäftsjahr weht uns ein eher rauer Wind entgegen. Der Energiehandelsmarkt ist momentan stark unter Druck, nicht zuletzt auch als Folge der Situation in Russland und der Ukraine (*Angriffskrieg Russlands*). Welche langfristigen Folgen dies für die Energiebranche haben wird, ist noch nicht absehbar. Sicher ist jedoch, dass wir für 2023 eine grössere Preiserhöhung für die Energielieferung ankündigen werden. Die EKZ werden trotzdem nach wie vor zu den günstigeren Stromanbietern gehören.

Es bleibt anspruchsvoll im Umfeld der EKZ. Wir sind aber gut aufgestellt und bereit für die kommenden Herausforderungen, dies auch durch das grosse Engagement der Mitarbeitenden und des Managements. Ihnen gebührt an dieser Stelle mein Dank. Dem Kommissionspräsidenten der AWU und den Mitgliedern der Kommission sowie dem Verwaltungsrat der EKZ danke ich für die gute Zusammenarbeit während des vergangenen Geschäftsjahres.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Die EKZ haben ihren Gewinn gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Das Unternehmensergebnis beläuft sich auf 118,8 Millionen Franken. Zusammen mit dem Gewinnvortrag ergibt das ein Bilanzgewinn von 159,6 Millionen Franken. Einmaleffekte durch die Übernahme der Marktkunden von der Primeo Energie AG und Verkaufsgewinne von einer Fotovoltaik-Anlage an die Pensionskasse Stadt Zürich sind die Gründe dafür. Die Abschreibungen sind auf Vorjahresniveau geblieben. Auch die Ausschüttungen bleiben gleich wie letztes Jahr. 30 Millionen Franken werden an den Kanton und 11,3 Millionen Franken an die Gemeinden ausbezahlt. Die Covid-19-Krise (*Corona-Pandemie*) hatte keine negativen Auswirkungen auf das Ergebnis hinterlassen.

Gemäss Bericht der Finanzkontrolle fehlt in den rechtlichen Grundlagen zu den EKZ eine gesetzliche Verpflichtung, bei den EKZ ein Risikomanagement und ein internes Kontrollsystem zu implementieren. Obwohl dies auch ohne gesetzliche Grundlage gemacht wird, empfiehlt die Finanzkontrolle, dies bei der nächsten Revision des EKZ-Gesetzes zu berücksichtigen, damit die unübertragbare Verantwortung des Verwaltungsrates für das Risikomanagement und IKS (*Internes Kontrollsystem*) eine gesetzliche Grundlage bekommt. Weiter weist die Finanzkontrolle daraufhin, dass es gegenwärtig nicht eindeutig ist, ob die Steuerung der EKZ durch den Regierungsrat über die Eigentümerstrategie oder durch den Kantonsrat und das EKZ-Gesetz erfolgt. Auch besteht immer noch ein Zielkonflikt zwischen dem Regierungsrat und den EKZ in Bezug auf die Auslandsinvestitionen. Hier erwarten wir, dass dieses Problem endlich angegangen wird.

Ein Problem, welches der Kantonsrat früher oder später angehen muss, ist die Frage, ob die Anteile des Kantons der EKZ an der AXPO aufgrund einer effizienteren Vertretung als Zürcher Anteilseigner zusammengelegt werden sollen. Doch vor der Klärung dieser Frage will sich die KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) zuerst des Aktionärsbindungsvertrags der NOK (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) annehmen, doch dann ist es zwingend, hier eine Lösung anzustreben.

Ein grosses Thema waren letztes Jahr die Versorgungssicherheit und die Gefahren durch die Strommangellage und Blackout. Während von vielen das Nicht-Zustandekommen eines Rahmen- oder Stromabkommens mit der EU als Ursache für mögliche Probleme bei unserer Stromversorgung in den Vordergrund gerückt werden, muss man klar festhalten, dass für die Schweiz die als gescheitert zu bezeichnende Energieenergie-Strategie 2050 das grösste Risiko darstellt. Da auch Deutschland eine risikobehaftete Energiestrategie fährt und wie die Schweiz auf Kernenergie verzichten und nur noch neue erneuerbare Energien zulassen will, werden wir ziemlich schnell in eine Strommangellage kommen. Notfallszenarien

sind wohl angedacht, doch müssen wir bei der Stromversorgung unbedingt wieder zur Vernunft kommen. Eine Strommangellage oder gar ein Blackout ist im Gegensatz zu der herbeigeredeten Klimakatastrophe, welche in weiter Zukunft prognostiziert wird, innert kürzester Zeit ein wirkliches Katastrophenereignis, welches unsere sicherheitsrelevante und wirtschaftliche Existenz bedrohen kann. Hier wären sehr wahrscheinlich klärende Worte von den Sachverständigen der EKZ und anderen Energieversorgern vor dieser schicksalhaften Abstimmung vonnöten gewesen. Schade konnten sie sich nicht in die politische Diskussion einschalten. Wir können nur hoffen, dass aufgrund der klaren Fakten hier eine Kurskorrektur so schnell wie möglich eingeleitet wird.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern und Verantwortlichen für die geleistete Arbeit bedanken. Die Fraktion der SVP/EDU empfiehlt, die Rechnung und die Geschäftsberichte der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Geschäftsjahr 2020/2021 zu genehmigen.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Es freut mich, dass die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich die Verfügbarkeit des Stroms im EKZ-Netz auch im letzten Jahr zu 99,998 Prozent sicherstellen konnten. Das heisst, dass im Durchschnitt der EKZ-Kunde nur gerade 13 Minuten pro Jahr auf seine Energielieferung verzichten musste. Zu den Zahlen hat euch André Bender die wichtigsten Fakten geliefert. Hier möchte ich als SP-Vertreter noch einmal klar und deutlich darauf hinweisen, dass die ökologische Ausrichtung und die Versorgungssicherheit mindestens so wichtig sind wie der wirtschaftliche Erfolg. Wir sind überzeugt, dass die EKZ die eigene Produktionsmenge, vor allem bei der Solarenergie und, wie wir heute erfahren haben, auch bei der Windenergie, von heute 78,6 Gigawattstunden noch massiv ausbauen kann. Dies sollte sie zur Versorgungssicherheit vor allem in der Schweiz oder noch besser im Kanton Zürich machen.

Positiv vermerken möchte ich, dass die letztes Jahr 120 Geschäftskunden und 3900 Privathaushalte das Angebot der EKZ-Energieberaterinnen und -berater beanspruchten und damit wieder 1,51 Gigawattstunden Strom eingespart werden konnte. Wir sind mit der Geschäftsleitung einig, dass die Erreichung der anspruchsvollen Ziele eine weitsichtige Investitionspolitik, die Innovationen fördert, bedingt. Ob neue Ertragsquellen auch in ausgewählten Ländern ausserhalb der Schweiz wirklich zu ihren Kernaufgaben gehören, bezweifeln wir und werden deshalb solche weiterhin kritisch beobachten.

Um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft auf sehr hohem Niveau zu halten, entwickeln die EKZ innovative Netzberechnungs-Algorithmen, die nur mithilfe von Cloud-Computing berechenbar sind. Diese zeigen frühzeitig auf, wo das Verteilnetz angepasst und wo gezielt investiert werden muss. Die Grundlage bilden synthetische Daten auf der Basis von Smart-Meter-Lastgängen. Die Berechnung über das gesamte Niederspannungsnetz gibt präzise Auskunft über die Lastflüsse auf dieser Netzebene. Nach ersten positiven Erfahrungen wurde das Programm in Geschäftsjahr 2020/2021 verbessert und automatisiert, was die zukünftige Berechnung weiter vereinfacht.

Ich bedanke mich im Namen der SP bei allen 1327 Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz und bei der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für den guten Austausch und dass sie alle unseren Fragen ausführlich beantwortet haben. Die SP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen. Herzlichen Dank.

Carola Etter-Gick (FDP, Winterthur): Die Zahlen haben wir gehört, die EKZ blicken auf ein sehr erfolgreiches und gutes Jahr zurück. Gegenüber dem Vorjahr hat der Unternehmensgewinn um 61 Prozent zugenommen, und auch der EBIT erhöhte sich um 16,3 Millionen auf 77,5 Millionen Franken. Hierfür waren erneut positive Einmaleffekte mitverantwortlich. Dazu zählt insbesondere die ausserordentliche Steigerung des Finanzergebnisses von 109 Prozent aufgrund von Sondereffekten.

Ich gehöre nun seit gut drei Jahren der AWU an und darf die EKZ beaufsichtigen. Die Themen, die wir hier in diesem Rahmen und auch im Geschäftsbericht besprechen, waren jedoch stets ähnliche: Zahlreiche Stakeholder stellen divergierende Anforderungen, wie tiefe Verbraucherpreise, hohe Qualität, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Rahmenbedingungen und das Aushalten einer gewissen wirtschaftlichen, regulatorischen und politischen Unsicherheit. Dieses Spannungsfeld hat die AWU auch im vergangenen Jahr beschäftigt, wie die a-Vorlage, die Sie alle erhalten haben, aufzeigt. Ich möchte aus Sicht der FDP nachfolgend drei Aspekte besonders betonen:

Erstens geniessen die EKZ durch ihre Position als Stromversorgerin für den Kanton Zürich unbestrittene Vorteile. Sie dürfen diese aber nicht missbrauchen und damit private Unternehmen konkurrenzieren. Die FDP beobachtet diese Situation schon lange. Diese kann immer wieder zu einem Schritt in den Graubereich verführen, so wohl auch beim jüngsten Fall einer Strafanzeige wegen Werbung für die Certum Sicherheit AG für die Kontrolle von Elektroinstallationen. Die FDP fordert hier klare Verhältnisse. Eine Trennung der Geschäftsbereiche, wie sie mit der Motion 106/2019 meines Fraktionskollegen Beat Habegger gefordert wurde, hätte eine saubere Lösung gebracht. Unser Rat hat sie im letzten Herbst mit 109 zu 42 Stimmen abgelehnt. Der aktuelle Fall zeigt jedoch, dass eine Lösung nötig wäre.

Ein zweiter wahrlich herausfordernder Aspekt für die EKZ ist der Widerspruch zwischen Eigentümerstrategie und Geschäftspraxis im Bereich der Auslandsinvestitionen, wir haben das schon mehrfach gehört. Schon letztes Jahr wollte Regierungsrat Martin Neukom diesen Widerspruch aufheben und eine revidierte Eigentümerstrategie vorlegen. Doch das hat sich verzögert. Aus Sicht der FDP muss dieser Widerspruch mit der Revision der Eigentümerstrategie aus der Welt geschafft werden, und zwar im Sinne der aktuell gelebten Geschäftspraxis. Auslandsbeteiligungen müssen – natürlich stets mit Blick auf eine sinnvolle Risikostrategie – möglich sein. Die Investitionen in Windparks sind das dritt wichtigste Geschäftsfeld des Unternehmens. Die Dringlichkeit einer Eigeneigentümerstrategie-Anpassung hat auch die Finanzkontrolle dargelegt und betont. Ausserdem muss auch die Risikopolitik als Grundlage für die Risikobeurteilung – das hat Orlando Wyss schon ausgeführt – angepasst werden. Diese stammt noch aus

dem Jahr 2008 und soll nun ja dieses Jahr revidiert werden. Die zentrale Rolle der Eigentümerstrategie hat sich dieses Jahr in zwei Kontexten gezeigt. Erstens ist sie im Zusammenhang mit dem Risikomanagement, auf das der Kanton einzig über die Eigentümerstrategie Einfluss nehmen kann, wichtig. Die FDP erwartet hierzu klare Aussagen des Regierungsrates und schliesst sich der AWU in der Forderung nach einer gesetzlichen Regelung im Rahmen der nächsten EKZ-Gesetzesrevision an.

Weiter ist die Eigentümerstrategie im Zusammenhang mit den geteilten Aktienanteilen an der AXPO-Holding wichtig, und genau auf diese gesplittete Aktienbeteiligung möchte ich als dritten Punkt aus Sicht der FDP zu sprechen kommen: Die gesplittete Aktienbeteiligung an der AXPO-Holding hat die Kommission ebenfalls weiterhin beschäftigt. Gemäss Darlegungen in der a-Vorlage empfiehlt die Finanzkontrolle eine Konsolidierung. Der FDP ist die Konsolidierung ebenfalls nach wie vor ein wichtiges Anliegen. Dieses Geschäft ist nun bei der KEVU und sollte möglichst rasch angegangen werden. Die FDP ist ergebnisoffen, möchte aber, dass über die je knapp 18,5 Prozent respektive insgesamt 36,7 Prozent Aktienanteile gesprochen wird. Im Sinne der Fachexpertise wäre eine Übernahme der Aktien durch die EKZ wohl sinnvoll. Wenn der politische Einfluss im Zentrum oder im Vordergrund steht, dann soll der Regierungsrat die Aktien übernehmen. Klar ist aber, dass am Ende nicht die Kantonsfinanzen belastet werden dürfen. Diese Konsolidierung darf nicht auf dem Rücken der Steuerzahlenden ausgetragen werden.

Wir wissen es alle und haben es auch gehört: Als Covid noch nicht vorüber war, sahen wir uns mit der nächsten Krise konfrontiert. Die Folgen des Ukraine-Kriegs bezüglich des Energiemarkts betreffen die EKZ viel mehr, das hat auch Rolf Schaaeren schon dargelegt. Auch bei unserer letzten Sitzung haben wir mit der EKZ-Geschäftsleitung darüber diskutiert, wie auch über alle anderen Fragen im ganzen Jahr. Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Mitarbeitende waren stets motiviert, und ich danke auch im Namen meiner Fraktion ihnen allen für die gute Zusammenarbeit und vor allem für ihr riesiges Engagement zugunsten einer sicheren Stromversorgung für unseren Kanton. Neben diesem Engagement freut mich als Freisinnige vor allem der innovative Mindset, den wir in der AWU immer wieder erleben durften, so beispielsweise bei der Visitation, wo es um das Thema «Smart Meter» ging.

Trotz all dem Gehörten und unserer besonderen Bemerkungen danken wir von der FDP den EKZ und genehmigen Geschäftsbericht und Rechnung 2021.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Die EKZ bewegen sich in einem Umfeld, das jedes Jahr neue Herausforderungen bereithält, wir haben es bereits gehört. Dennoch haben sie – das haben meine Vorredner auch bereits ausgeführt – die Vorgaben eingehalten, eine hohe Netzstabilität gewährleistet und auch den erwarteten Gewinn erwirtschaftet. Wenn wir von den EKZ in Bezug auf aktuelle Themen informiert werden, beispielsweise Versorgungssicherheit, smarte Anwendungen, Netzstabilität, bin ich immer beeindruckt, wie die EKZ vorne mit dabei sind und sich auch in Netzwerken und für die Entwicklung in der Schweiz einsetzen. Wir

von der GLP danken der EKZ und ihren Mitarbeitenden, ihren Gremien für das vergangene Geschäftsjahr, für ihren Einsatz zugunsten der Elektrizitätsversorgung in unserem Kanton.

Ein Dank geht dieses Jahr auch die an die Finanzkontrolle. Der AWU-Präsident hat ausgeführt, was die Finanzkontrolle in Bezug auf das Risikomanagement aufgedeckt hat. Es wurden wichtige Fragen angestossen, die wir als Kantonsrat und/oder Regierungsrat angehen sollen und müssen. Die EKZ selbst haben ebenfalls Hausaufgaben bekommen. Wir sind froh, dass die EKZ diese aufnehmen. Wo es allenfalls noch das Verständnis zu klären oder zu schärfen gilt, werden wir dranbleiben.

Das Risikomanagement verweist auch wieder auf die aktuelle Situation, in der sich die EKZ befinden. Und um auf die Diskussion vorher über die ZKB (*Zürcher Kantonalbank bei der Beratung von KR-Nr. 67a/2022*) zurückzukommen: Der Bericht der Finanzkontrolle ist ein gutes Beispiel. Wir müssen nicht alles Fachleute sein, sondern wir müssen nur schauen, wenn man uns die Sachen vor die Nase hält. Wir haben eine politische Aufsicht. Und die Finanzkontrolle ist in meinen Augen für uns als AWU ein sehr wertvoller Partner, und ich bin dankbar, dass wir diese Unterstützung an die Seite gestellt bekommen haben.

Der grösste Diskussionspunkt zwischen dem Verantwortlichen der EKZ und uns Involvierten hier im Kantonsrat – neben der Eigentümerstrategie und der Geschichte des Ausland-Engagements, auf die ich heute nicht wieder eingehen möchte – ist die Rolle der EKZ beim Ausbau der erneuerbaren Energien hier in der Schweiz, auch das wurde bereits angetönt. Es ist richtig, dass der Bund und wir als Kantonsrat hier die Rahmenbedingungen verändern können und sollen, damit die EKZ auch gewinnbringend investieren kann. Das sind unsere Hausaufgaben. Wir erwarten aber als GLP vom Verwaltungsrat und dann entsprechend von der Geschäftsleitung, dass sie die Impulse der Zeit verstehen, die ihnen eine Mehrheit unter anderem des Kantonsrates sendet. Das bedeutet, dass man die Bälle von Partnern oder aus der Bevölkerung aufnehmen und nicht abwehren soll, nur weil die Rahmenbedingungen besser sein könnten. Wir erwarten von den EKZ, dass sie mit den Gemeinden, mit Investoren und Investorinnen, Hausbesitzenden oder Quartierentwickelnden das Gespräch sucht und diese unterstützt, wo sie kann. Wo jemand etwas umsetzen, das heisst, viel erneuerbare Energie zubauen oder anstossen will, soll man Lösungen anbieten. Und wenn das halt nicht auf den ersten Blick ersichtliche Lösungen sind, dann einen Workaround. Die EKZ sind innovativ, das haben wir gehört und sie sind in der Position, Vorschläge machen zu können, die einzelne Akteure, wie beispielsweise die Hausbesitzer, selber vom Know-how her gar nicht bringen können. Wo das nicht geht, kommt das Thema «Kommunikation» ins Spiel, und da, glaube ich, gibt es auch noch Verbesserungspotenzial. Man soll den Partnern oder den Willigen für die erneuerbaren Energien erläutern, warum etwas nicht so einfach geht, Alternativen oder Begleitmassnahmen vorschlagen. Die EKZ dürfen nicht nur darauf warten, dass man ihnen den roten Teppich ausrollt durch die Veränderung von Rahmenbedingungen. Sie sollen im Einzelfall mit den Partnern Lösungen suchen und nicht vor-schnell Türen zuschlagen.

Wir werden die Anträge zur EKZ genehmigen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Im Namen der Grünen möchte ich den EKZ für ihre Arbeit danken. Zudem möchte ich noch zwei Punkte ausführen, bei welchen sich die Grünen für die Zukunft noch Verbesserungen wünschen:

Erstens: Die Geschäftsleitung der EKZ besteht nach wie vor nur aus Männern. Im Organigramm mit den 32 Abteilungsleitungen sind bloss zwei Frauen zu finden. Hier wünschen wir Grünen uns, dass Frauen motiviert werden, sich für die freien Stellen zu bewerben und intern gefördert werden, damit sie vermehrt im Kader der EKZ erscheinen. Isabel Bartal hat in ihrem Votum zur ZKB erwähnt, dass dies durchaus möglich ist.

Zweitens: Es freut uns Grüne, dass, wie der Präsident der AWU schon ausgeführt hat, – Zitat – «die EKZ inländische Investitionen unter den richtigen Rahmenbedingungen zukünftig gerne tätigen würden». Für uns Grüne ist das jedoch nicht genug. Es soll noch mehr in der Schweiz investiert werden, und zwar auch dann, wenn die Rendite etwas geringer ausfällt als im Ausland. Selbstverständlich haben wir Grünen ein Interesse an einer finanziell stabilen EKZ, aber eine souveräne Energieversorgung trägt einerseits zur Versorgungssicherheit bei, gerade in Krisenzeiten, und darf auch einen Preis haben, damit die Energiestrategie nicht scheitert und einheimische Energien gefördert werden, ganz nach dem Vorbild der Schweizer Qualität, liebe SVP.

Zum Schluss möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit und Ihnen, geschätzte Anwesende, für die Aufmerksamkeit danken.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die Mitte nimmt erfreut vom ausserordentlich guten Betriebsergebnis und ebenso ausserordentlich guten Finanzergebnis der EKZ Kenntnis. Ebenso tut es gut, zu erfahren, dass die Covid-Krise keine negativen Spuren bei den EKZ hinterlassen hat. Dass die Ausschüttungen an den Kanton in der Höhe von 30 Millionen Franken und auch die freiwillige Ausgleichsvergütung an die Gemeinden von 11,3 Millionen Franken weiterhin erfolgen, ist ebenfalls erfreulich. Zugleich widerspiegeln diese Ausschüttungen das gute Ergebnis der EKZ. Dass die EKZ ihre Strategie auf profitables Wachstum und auch Versorgungssicherheit ausrichten, ist zielführend, ebenso die Investitionen in Innovation und Netzbereich. Durchaus mit Besorgnis beobachte ich die potenziellen Risiken von Versorgungslücken sowie die steigenden Preise im Strommarkt. Die Bereitschaft, im Inland vermehrt Investitionen in erneuerbare Energiequellen zu tätigen, ist explizit zu begrüßen. Diese sind zukunftssträchtig, können doch mit diesen Investitionen Abhängigkeiten von ausländischen Energielieferanten zumindest in gewisser Weise gemildert werden. Deshalb sind die Versorgungsrisiken, aber auch die Umweltrisiken im Bereich des Risikomanagements entsprechend zu gewichten. Dabei sind Zielkonflikte vorhanden und es ist ein Mehrfachspagat zwischen Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit zu machen. Das macht das Management nicht einfacher und erfordert ein stetes Abwägen der Prioritäten und einen

Balanceakt, um die verschiedenen Anspruchsgruppen zu befriedigen. Positiv hervorzuheben ist, dass die EKZ im Bereich von Smart Meter den gesetzlichen Vorgaben voraus sind und die Netzplanung zunehmend optimieren können.

Die Mitte bedankt sich beim Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und insbesondere bei allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz und ihr Engagement für unseren Kanton. Die Mitte genehmigt die Jahresrechnung sowie dem Geschäftsbericht der EKZ. Besten Dank.

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Nach der Prüfung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung kann festgestellt werden, dass die EKZ sehr gut gewirtschaftet haben mit einem Bilanzgewinn von 160 Millionen Franken. Davon gehen 30 Millionen, wie gesetzlich vorgeschrieben, an den Kanton und 11 Millionen Ausgleichsvergütung an die Gemeinden. Die Covid-Krise hatte keine negativen Auswirkungen auf das Geschäftsjahr. Die EKZ haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten und gesetzlichen Vorschriften die Gemeinden des Kantons Zürich mit genügend Strom versorgt.

Schon vor einem Jahr habe ich bemerkt, dass bezüglich Auslandsinvestitionen unterschiedliche Einschätzungen zwischen Regierungsrat und EKZ vorhanden sind. Das ist weiterhin so, es ist wenig Bewegung drin. Wir erwarten, dass diesbezüglich auf eine gemeinsame und gangbare Linie zwischen operativer Geschäftstätigkeit der EKZ und Eigentümerstrategie des Regierungsrates hingewirkt wird. Versorgungssicherheit, Strommangellage und Blackout waren Thema in der AWU, welche uns sicher weiterbeschäftigen werden, auch im Hinblick auf die geopolitische Lage. Rund um die erneuerbaren Energien laufen verschiedene Projekte und Versuche. Es sind mehr als auch schon, was wir positiv zur Kenntnis nehmen. Was da auch gesagt werden muss, ist, dass es bei all diesen Projekten um Bewilligungen geht, welche nicht nur in der Macht der EKZ stehen, sondern dass es da noch zusätzliche Player gibt, welche einverstanden sein müssen. Und nochmals: Die 30 Millionen an den Kanton wären besser investiert in zusätzliche Projekte in erneuerbaren Energien. Aber dafür ist, das wissen wir alle, zuerst eine Gesetzesänderung nötig.

Die EVP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für die gute Leistung im vergangenen Geschäftsjahr und genehmigt Rechnung und Geschäftsbericht der EKZ.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich glaube, wir werden im nächsten Jahr zwei Dinge vertieft besprechen, und zwar hier drin im Kantonsrat: Es wird der Aktionsbindungsvertrag der AXPO das Thema sein, wie wir uns dazu stellen, respektive die Erneuerung dieses AXPO-Vertrags, dieses ehemaligen NOK-Vertrags. Und es ist wichtig, dass natürlich auch hier eine parlamentarische Mitbestimmung sein muss und dass wir nicht, wie bis anhin, alle Macht dem Verwaltungsrat übertragen. Und das andere wird ein grösseres Thema sein, das wir hier drin im Kantonsrat wahrscheinlich nur ansatzweise lösen können, und das werden die Stromversorgung und die Stromsicherheit sein. Wir wissen alle, es wird da enorme Probleme für uns geben, und es ist auch klar, dass wir von der AL dem natürlich

sehr kritisch gegenüberstehen, dass wir fossile Kraftwerke ausbauen, sei das Kohle oder Gas. Dass wir seit mindestens 40 Jahren gegen Atomkraftwerke sind, sollte klar sein. Und dass das keine Alternative sein wird, das sagen sogar Vertreter der Stromwirtschaft. Aber man muss ja auch hier nicht naiv sein. Wir wissen ganz genau: Wenn eine Strommangellage sein wird, dann wird der Druck enorm zunehmen und auch hier das Bewusstsein bestimmen. Das sind die Sachen, die uns wirklich beschäftigen werden.

Zum EKZ-Bericht kann ich seitens der AL danken für die Arbeit der Mitarbeitenden und des Verwaltungsrates, wir werden den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Fraktionssprechenden haben ihre Erklärungen abgegeben. Neu beträgt die Redezeit fünf Minuten.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht; fraktionslos): Genehmigen Sie den Geschäftsbericht der EKZ 2021 nicht und sprechen Sie damit dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung dieses Staatsunternehmens keine Decharge aus. Liest man den Geschäftsbericht des Unternehmens und verfolgt man die Geschäftstätigkeit, so muss man zur Überzeugung kommen, dass die leitenden Organe der EKZ sich scheinbar nicht bewusst sind, dass sie ein Staatsunternehmen führen und nicht das eigene private Geschäft, Stichworte AXPO, Handelsrisiken. Und ja, man muss sich fragen, ob diese Angestellten des Staates sich der Risiken des Handels wirklich bewusst sind oder bewusst sein wollen. Und hier, Herr Verwaltungsratspräsident: Stimmt es, dass Sie und Ihre Kollegen im Verwaltungsrat sich ihre Tantiemen erhöht haben? Das wäre interessant zu wissen, und auf welcher Grundlage. Ich begründe meinen ablehnenden Antrag wie folgt:

Die EKZ haben auch im vergangenen Geschäftsjahr ihre Anteile aus Stromerzeugung im Ausland, unter anderem mit dem Kauf ihres sechsten Windparks in Frankreich, erhöht; dies entgegen der Eigentümerstrategie des Kantons, die wie folgt lautet: «Ein weiterer Ausbau der Erzeugungsportfolios und der Handelsaktivitäten der EKZ, insbesondere im Ausland, wird nicht angestrebt.» Die EKZ besitzen 18,41 Prozent an der AXPO, einem unregulierten, überdimensionierten Handelsaktivitäten-Laden. Dieses Unternehmen befindet sich aufgrund seiner Handelsaktivitäten und der grossen Verwerfungen auf dem Energiemarkt wohl in gröberer Schieflage. Ich verweise dazu auf meine Anfrage Nummer 148/2022 unter dem Titel «AXPO Gruppe und AXPO Holding und EKZ – ihr Derivategeschäfte und Energiehandel vor dem Hintergrund der derzeitigen Verwerfungen im Energiemarkt». Der Bundesrat beantragt derzeit im Parlament, einen schweizerischen Rettungsschirm von 10 Milliarden Franken für die grossen schweizerischen Energieunternehmen auszuwerfen. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Rettungsschirm allein nur für die derzeitige Schieflage der AXPO ausreicht. Die AXPO dreht ein viel zu grosses Rad mit ihren Handelsaktivitäten und hat diese offensichtlich nicht im Griff. Die Vertretung der EKZ im Verwaltungsrat der AXPO scheint auch letztes Jahr keine Instruktion erhalten zu haben, sich für einen radi-

kalen Abbau der internationalen Handelsaktiven der AXPO einzusetzen und entsprechend zu intervenieren. Die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der EKZ wie auch der Zürcher Regierungsrat und dessen Vertreter, Herr Regierungsrat Martin Neukom, haben damit massgeblich gefehlt. Regressforderungen, ja, Erpressungsversuche ausländischer Akteure – Stichwort USA – bezüglich der Handelsaktivitäten schweizerischer Energieunternehmen und somit vor allem der AXPO, aber auch der EKZ, sind in absehbarer Zukunft und vor dem Hintergrund weiterer Marktverwerfungen nicht auszuschliessen. Was dies bedeutet, haben die schweizerischen Banken schmerzhaft erleben müssen. Nur bei diesen Unternehmen zahlten schlussendlich private Aktionäre und nicht der Zürcher Steuerzahler. Auch die EKZ werden wohl auf europäischer Ebene nutzlose Zertifikate von Wasserkraftwerken halten und einen einstelligen Millionenbetrag im vergangenen Geschäftsjahr auf diesen Positionen verloren haben. Anstatt den internationalen Zertifikathandel einzustellen, scheint diese Geschäftstätigkeit weiterverfolgt zu werden. Die EKZ bauen weiter ihre Kapazitäten auf der iberischen Halbinsel aus. Dies widerspricht der Eigentümerstrategie des Regierungsrates. Dazu kommt, dass zu den erwartenden Renditen ein grosses Fragezeichen gesetzt werden muss. Ein fehlendes Stromabkommen der Schweiz mit der EU und, damit verbunden, die verwehrte Möglichkeit des Zugriffs auf EU-Strom degeneriert diese Auslandsinvestitionen zu reinen Finanzanlagen, was nicht Sinn des Erfinders sein dürfte. Die entsprechende Besteuerung in den Armenhäusern Europas wird wohl in den nächsten Jahren massiv steigen, und es ist fraglich, ob dannzumal überhaupt noch positive Renditen aus diesen Finanzanlagen erwirtschaftet werden können. Was die EKZ und notabene auch die AXPO im Ausland betreiben, ist eine Hochrisikostategie, entspricht nicht ihrem Auftrag und ist absolut unnötig, finanziell mehr als fragwürdig, ja, sogar fahrlässig. Eine Vollkostenrechnung des Auslandengagements fehlt vollständig; dies auch unter Einbezug des nach Ablauf der Lebensdauer dieser Anlagen nötigen Rückbaus in ökologisch meist sehr sensiblen Lagen.

Die EKZ liefern dem Kanton noch rund 30 Millionen Franken ab, und dies noch vor dem Hintergrund der Steuerbefreiung. Die damit verbundene Risk-Reward-Ratio kann aufgrund fehlender Transparenz, auch des Grads der indirekten Subventionen der Endverbraucher, nicht beurteilt werden. Das Auslandportfolio der EKZ besteht aus rund 14 Windparks mit über 90 Windkraftanlagen sowie 136 operativen Windkraftanlagen aus drei Beteiligungsgesellschaften. Diese sind nicht nachhaltig. Und leider auch bei diesen Investitionen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Das Votum der SVP-Fraktion, das Orlando Wyss gemacht hat, kann hier nicht unreflektiert im Raum stengelassen werden. Er spricht von einer herbeigeredeten Klimakrise. Ich frage mich, wozu wir an der ETH so viele gute Forscher ausbilden. Wir haben Einigkeit bei den Forschenden, dass hier das grösste Problem auf uns zukommt, und Herr Wyss spricht für die SVP von einer herbeigeredeten Klimakrise. Ich denke, wir sollten an diesem Punkt endlich schon vorbei sein, sollten da Schritte gemacht haben.

Liebe Bauern in der SVP-Fraktion, sprechen Sie mit Herrn Wyss und erklären Sie ihm diese Situation. Der Bauernverband hat erkannt, dass es hier grosse Probleme gibt, dass es Wassermangel, Hagel, Starkregen et cetera gibt aufgrund von menschengemachter Veränderungen. Hunderte Millionen von Menschen werden flüchten müssen, wenn wir in diesem Tempo so weitermachen.

Herr Wyss spricht von einer gescheiterten Energiestrategie 2050. Es gibt nur eine Partei im nationalen Parlament, die das so sieht. Die SVP zeigt keine sinnvollen Alternativen zur Energiestrategie 2050 auf. Mit Ihrem Weg, weiter auf AKW zu setzen, sind Sie die einzige Partei, die diesen Weg gehen will. Nicht einmal die Akteure der Strombranche wollen da mitmachen, zum Glück auch nicht unsere EKZ. Die Lösungen würden viel zu spät kommen und wären viel zu teuer. Wir müssen Wege gehen, die vernünftig sind.

Zur Versorgungssicherheit: Da wären wir froh, wir hätten Staatsverträge, die uns helfen, uns international abzusichern. Dann könnten wir nämlich viel gelassener in die Zukunft schauen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden. Das Tempo muss deutlich erhöht werden, und zwar auch für die Windenergie in der Schweiz. Ich bin froh zu hören, dass die EKZ auch in Zukunft stärker auf Windenergie in der Schweiz setzen und überhaupt die erneuerbaren Energien in der Schweiz stärker in den Fokus nehmen wollen. Besten Dank.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Auch hier gibt es den Geschäftsbericht, der positiv aussieht, alles eigentlich super, wunderbar. Anders die Frage, wie es jetzt und in Zukunft aussieht. Es wurde das Stichwort der Versorgungssicherheit mehrfach gebraucht und hier ist die Antwort unserer Regierung bekanntlich: Wir stellen 9 Milliarden Franken zur Verfügung. Aber 9 Milliarden produzieren keine einzige Kilowattstunde, wenn sie gar nicht für Stromproduktion eingesetzt werden können. Erneuerbare Energien fördern – sicher, aber es genügt nicht. Stromabkommen zwischen Ländern anstreben – toll. Nur wird, wenn die anderen Länder auch zu wenig Strom haben, kein Land uns entsprechend Strom liefern. Derjenige, der keinen hat, liefert keinen – Punkt. Deutschland will die AKW abstellen, wird ein riesiges Loch in der Stromversorgung haben. Das einzige Land, das jetzt AKW in der Umgebung baut, ist Frankreich, relativ schnell und relativ forciert. Ich glaube, Tschechien und andere Länder bauen auch. Und übrigens hat Präsident Biden (*Joe Biden, US-amerikanischer Präsident*) unter dem Stichwort «fürs Klima» etwa 9 Milliarden freigegeben für AKW, also für die friedliche Atomkraftnutzung. Unsere Regierung sagt: «Unsere Stromkonzerne wollen ja gar nicht.» Und Frau Sommaruga (*Bundesrätin Simonetta Sommaruga*) sagt: «Es ist niemand zu mir gekommen und wollte ein AKW bauen.» Es ist klar, solange das Technologie-Verbot besteht und man auch neue AKW, die ganz wesentliche Vorteile hinsichtlich Abfall und allem anderen haben, nicht in Angriff nehmen kann, solange kann ja niemand das wollen. Und ich hoffe sehr, dass ein Umentscheiden, das in einiger Zeit klar kommen muss, nicht zu spät sein wird für die Schweiz und wir uns dann mit Diesel-Stromaggregaten in praktisch jedem Haus begnügen müssen, die eine Riesensmenge von Dieselöl verbrauchen werden und den Strom halt über Diesel produzieren, in jedem Haus, bei jedem Stromausfall, wie wir es

von Entwicklungsländern kennen. Wir sollten uns bemühen – und auch die Elektrizitätswerke sind da natürlich als wesentlicher Faktor gefragt –, dass die Schweiz nicht auf die Stufe eines Entwicklungslandes zurückfällt. Ich danke euch fürs Zuhören.

Alex Gantner (FDP, Maur): Als gewöhnlicher Kantonsrat und nicht AWU-Mitglied möchte ich noch einige Ausführungen machen in Ergänzung zum Votum meiner Fraktionskollegin Carola Etter-Gick. Ich stelle fest, dass wir eigentlich eine ganze Palette von Corporate-Governance-Pendenzen haben. Das sind Probleme, auch politische Herausforderungen, und ich frage mich wirklich: Wann packen wir das Ganze an? Ich glaube, die Inputs der Finanzkontrolle sind sehr erfreulich, sollten uns aber jetzt auch motivieren, hier wirklich vorwärtszumachen und uns nicht immer im Kreis herum zu drehen. Die EKZ haben sicher gut gewirtschaftet in einer Schönwetterperiode, aber Stresssituationen sind sicher Teil der Zukunft, und diese müssen wir zusammen bewältigen. Ich möchte auch einen kurzen Rückblick machen auf die PI Brunner (*Altkantonsrat Robert Brunner*), das ist die Vorlage 211/2016, die in der KEVU ja beraten worden ist und auch zu Kantonsratsbeschlüssen geführt hat. Die FDP hat sich dort vergeblich dafür eingesetzt, dass wir bei der Corporate Governance noch entsprechende Anpassungen machen können – oder eben auch sollten. Es gibt immer noch das Kuriosum, dass der Verwaltungsratspräsident aus der Mitte (*des Verwaltungsrates*) gewählt wird und nicht durch uns. Das hat jetzt auch dazu geführt, dass der alte, scheidende Verwaltungsratspräsident den neuen gewählt hat und das neue Mitglied des EKZ-Verwaltungsrates noch gar nicht an dieser Personalie, dieser Teil-Abstimmung teilnehmen konnte.

Wir haben Pendenzen, eben die Motion Habegger, die leider versenkt worden ist, bei der es um die Aufsplittung der Geschäftsbereiche geht, dann die Eigentümerstrategie, und dort gibt es ja auch noch das ganze Thema der Rolle des Regierungsrates, der im Kanton Zürich auch noch als Regulator tätig ist. Als Eigentümer, Regulator und so weiter hat er sehr viele Hüte an. Das ist einfach sehr konfliktträchtig und sollte entsprechend behoben werden. Und die AXPO-Konsolidierung – und wir haben es schon mehrmals gehört – sollte sicher in Angriff genommen werden.

Abschliessend: Es ist immer gut, wenn wir den ZKB-Bericht und den EKZ-Bericht am gleichen Vormittag haben. Heute stimmen wir bei den EKZ nur über einen Punkt ab, nämlich die Genehmigung des Geschäftsberichtes der konsolidierten Jahresrechnung der EKZ-Gruppe und der EKZ selbst. Es gibt keine Entlastung der Organe. Ich würde das als Verwaltungsrat der EKZ eigentlich vom Kantonsrat, der mich auch auf jeweils vier Jahre wählt, auch einfordern; das ist sicher eine Pendezenz. Dann gibt es keine Bestätigung der Revisionsstelle, das läuft nicht über den Kantonsrat, auch nicht die Pflicht, die Revisionsstelle periodisch auszuschreiben. Wir haben also wirklich grosse Pendenzen, nicht nur den Aktionärsbindungsvertrag bezüglich AXPO, sondern auch Interna hier bei uns. Und ich hoffe sehr, dass wir zusammen diese Punkte in kürzester Zeit angehen werden, da die EKZ sicher sehr gross herausgefordert bleiben werden.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Das Votum von Herrn Galeuchet ruft nach einer Replik vonseiten der SVP, ich habe bewusst die grünen Socken und die grüne Krawatte montiert (*Heiterkeit*). Sie greifen unseren Referenten an. Als Klimalügner stellen Sie die Fraktion dar, wenn Herr Wyss die Klimakrise erwähnt, und dem gilt es doch ganz deutlich zu widersprechen. Wir kritisieren die Definition: Sie sprechen von der Klimakrise und implizieren damit, dass wir es in der Hand hätten. In der Ukraine haben wir eine Krise, wir hatten eine Corona-Krise. Es geht nicht darum, dass man den Klimawandel als solchen infrage stellt. Das ist auch in der SVP angekommen, das kann ich Ihnen sagen, und man sucht auch entsprechend nach konstruktiven Beiträgen. Nur: Die Energiestrategie, lieber Herr Galeuchet, ist tatsächlich gescheitert. Wir wollen Lösungen und wir wollen vor allem einheimische Lösungen. Womit wir ein Problem haben, sind tatsächlich die Auslandsinvestitionen der EKZ, auch mit dem Abstützen auf Windenergie im Ausland, die Abhängigkeit. Es kann auch nicht sein, dass wir am Ende Kohlenstrom importieren. Wenn wir aber den Ausbau der Erneuerbaren in der Schweiz ins Auge fassen, geht es darum, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen, und das meine ich bei der Fotovoltaik. Diese kleinen 10-Prozent-Vorschläge, die wir jetzt im Energiegesetz haben, dass wir dann auf jedes Einfamilienhaus die entsprechende Fotovoltaik-Anlage montieren, ist schön und gut. Es wäre wesentlich effizienter, wenn wir das Potenzial nutzen, dass wirklich grosse Anlagen, grosse Dächer da sind. Das ist aber nicht attraktiv für die Betreiber oder die Eigentümer dieser Anlage. Hier zählen wir auf die EKZ als Contractor oder darauf, dass wir da neue Lösungen haben, damit das halt nicht auf die Privaten abgewälzt wird. Wir werden solche konkreten Vorstösse in einem Vorstosspaket bringen, wir sind im Moment bei der Ausarbeitung. Was ich Ihnen aber sagen kann: Die Windenergie im Kanton Zürich wird nicht dazugehören, das hat schlicht keine Zukunft. Stellen Sie sich vor, es hat einen geschichtlichen Hintergrund, und unsere Urahnen sind auch nicht blöd. Es gibt einen Grund, weshalb man in Holland, in Spanien und in Griechenland Windmühlen gebaut hat, um das Korn zu malen, und in der Schweiz die Wasserkraft die Mühlen und Wasserräder betrieben hat. Das hat tatsächlich einen Grund, und daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Sie werden keine Chance haben mit dem Ausscheiden von Windenergie-Zonen im Kanton Zürich. Die Topografie ist bekannt. Sie gehen dann irgendwie auf die Lägern oder Sie gehen auf den Uetliberg oder ins Zürcher Oberland, in die schönsten geschützten Regionen, die wir haben. Sie werden keine Chance haben, dort die Zufahrtsstrassen zu bauen für Windräder und auch die Schredder dort längerfristig zu betreiben, vergessen Sie das!

Deshalb: Wir wollen eine pragmatische Energiepolitik, und da gilt es wirklich genau hinzuschauen. Es kann nicht sein, dass wir am Ende mit Gaskombikraftwerken die Mangellagen substituieren und am Ende doch wieder auf der fossilen Schiene laufen. Es braucht ein wenig schlauere Vorschläge und deshalb, Herr Galeuchet, bieten wir Hand für Pragmatik, aber nicht für Polemik. Ich danke Ihnen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): David Galeuchet hat die Klimaerwärmung zitiert respektive erwähnt und auch die Landwirtschaft angesprochen und dabei die Aussagen von der menschengemachten Klimaveränderung gemacht. Ich möchte hier einfach betonen: Das wissen wir nicht, wie viel der Mensch zur Klimaveränderung beiträgt (*Zwischenrufe*). Wahrscheinlich trägt er nicht viel dazu bei, denn sonst hätten wir ja vor 1000 Jahren nicht schon auf Höhen, wo heute Gletscher dahinschmelzen, Wälder gehabt. Das sind auch Fakten. Die grüne Lobby – und darum bin ich natürlich hier –, die grüne Lobby will keine AKW. Sie will aber auch keine neuen Speicherseen, sie bekämpft das. Und so können wir keine autonome Energieversorgung haben in der Schweiz.

Da möchte ich auch betonen, Gaskombikraftwerke: Die AL hat sich dazu bekannt, dass das für sie keine Alternative ist. Die Grünen haben sich nicht dazu bekannt. Was aber Fakt ist: Mit Windrädern und mit Fotovoltaik können wir unseren Energiebedarf nicht decken. Mit diesen alternativen Energien haben wir ein Nischenprodukt und das wird auch in Zukunft ein Nischenprodukt bleiben. Darum dürfen wir nicht ideologisch an dieses Thema gehen. Wir müssen auch prüfen, wie wir in Zukunft mit CO₂-neutralen AKW umgehen werden. Aber die Versorgungssicherheit steht über allem, von dem leben wir hier drin. Und wenn ich so in die Runde schaue und diese Laptops sehe und ich mir bewusst bin, wie viel Energie die Rechenzentren verbrauchen, dann müssen wir einfach realistisch und pragmatisch sein und sagen: Die Energieversorgungssicherheit hat oberste Priorität. Und wenn wir das vielleicht mit AKW abdecken können, dann machen wir das so. Seien wir eben nicht ideologisch, sondern seien wir realistisch. Danke vielmals.

Rolf Schaeren, Präsident des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ich bedanke mich auch im Namen aller Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrates für die vielen positiven und unterstützenden Worte. Und ich darf Ihnen versichern, dass auch die kritischen Voten gehört wurden und ernst genommen werden.

Ich beginne hinten, Herr Amrein hat mir eine ganz konkrete Frage gestellt betreffend die Entschädigungen des Verwaltungsrates: Ja, es trifft zu, dass die Entschädigungen des Verwaltungsrates nach längerer Zeit moderat angepasst wurden. Der Verwaltungsrat erhält ein Sitzungsgeld. Pro Halbtage waren es 450 Franken bisher, inklusive 50 Franken Spesen. Und diesen Satz haben wir geändert. Neu ist ein Sitzungsgeld für einen Halbtage 500 Franken, wir haben aber die Spesenschädigung abgeschafft. Das heisst, ein Verwaltungsrat kriegt jetzt für eine Halbtage Sitzung 500 Franken entgegen der früheren Gepflogenheit, Sitzungsgeld plus Spesen 450 Franken. Also das trifft zu.

Die EKZ sind sehr wohl ein Instrument des Kantons für die Energiepolitik und das EKZ-Gesetz liefert dafür die Grundlagen. Wirtschaftlich, sicher, umweltgerecht und gewinnstrebend, das ist der Auftrag oder sind die Aufträge, die das Gesetz uns gibt. Es ist nicht unsere Aufgabe zu entscheiden, welcher von diesen drei Aufträgen nun im Vordergrund zu stehen hat, sondern wir bemühen uns ernsthaft – ich denke, auch erfolgreich – diese Aufträge, eben alle, ausgewogen zu erfüllen.

Eine Gewichtung der Aufträge ist Aufgabe der Politik, und ich habe mit Interesse die letzten Voten Ihrer Diskussion auch zu diesen Fragen verfolgt.

Es wurde angesprochen, die neue Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle war auch für uns spannend und interessant. Es wurde eine Reihe von aktuellen Fragen von der Finanzkontrolle aus einer neuen Perspektive beleuchtet. Wir haben diese Gespräche stets sehr konstruktiv und sachorientiert erlebt und wir konnten eine ganze Reihe von Anliegen der Finanzkontrolle auch sofort aufnehmen und umsetzen.

Ja, es sind viele Ansprüche und Erwartungen und tatsächlich auch neuartige Herausforderungen, die vor uns stehen. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung dieser Ansprüche bewusst sind und dass wir auch die nötige Expertise in unserer Unternehmung haben. Ich danke Ihnen für Ihre Rückmeldungen. Besten Dank.

André Bender (SVP, Oberengstringen), Präsident der AWU: Ich möchte zum Antrag von Hans-Peter Amrein noch Stellung nehmen bezüglich Decharge-Erteilung. Wir haben das in der AWU auch abgeklärt. Nach Rücksprache mit unserem Rechtsdienst des Parlamentes existiert keine gesetzliche Grundlage für eine Decharge des Verwaltungsrates. Mit Genehmigung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung durch den Kantonsrat wird jedoch indirekt die Decharge erteilt. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal: Herr Schaeren, Sie haben nichts gesagt zur Position der AXPO, die in Ihren Büchern ist, von 18,41 Prozent. Also wenn ich 18,41 Prozent eines Atomkraftwerkes hätte, dann würde ich dort Einfluss nehmen – und vor allem an die lieben Leute von rot-grün-links –, denn die AXPO ist für mich ein grösseres viel, viel grösseres Risiko als ein Atomkraftwerk, die ist momentan explosiv.

Gemäss den Richtlinien über die Public Corporate Governance, PCG-Richtlinien vom 29. Januar 2014, Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung vom 18. Juli 2007, LS 172.11 legt der Regierungsrat für die bedeutenden Beteiligungen eine Eigentümerstrategie fest. Dies wird in den nächsten Wochen wahrscheinlich wieder Ihr lieber rot-grüner Kollege Martin Neukom (*Regierungsrat*) tun, Herr Galeuchet. Die zuständige Fachdirektion erstellt jährlich einen Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie und unterbreitet diese dem Regierungsrat. Die Fachdirektion beurteilt dabei die strategischen und finanziellen Risiken und beantragt dem Regierungsrat, gestützt darauf, die notwendigen strategischen Festlegungen oder Korrekturmassnahmen, PCG-Richtlinien 10.2. Und da hat es Herr Schaeren schon etwas schwer, denn mit Beschluss 692 von 23 Juni 2021 hat der Regierungsrat seine letzte jährliche Beurteilung der Umsetzung der Eigentümerstrategie der EKZ kundgetan. Eine neue Beurteilung steht wohl erst in den nächsten Wochen an und wird wohl nicht unbedingt positiv ausfallen. Ob dies gewollt ist von Herrn Neukom – ich hoffe es nicht – und vom Regierungsrat oder ob es einfach Schlendrian ist, das weiss ich nicht. Das Erste oder das Zweite ist es.

Im vorliegenden Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen fehlt fast vollständig die Beantwortung der Frage, wie kurzfristig und im Angesicht einer monumentalen und eminenten Stromversorgungslücke innert nützlicher Frist grosse Stromproduktionskapazität aufgebaut werden kann und in welchem Zeitrahmen grosse Produktionsanlagen geplant und erstellt werden müssen und können. Mit subventionierten Wärmepumpenspeichern, Fotovoltaik-Anlagen und Smart Meter ist dies nicht zu bewerkstelligen. Das ist, wie vieles in der derzeitigen Energiepolitik, grüne Träumerei. Die Frage der Erstellung mehrerer neuer Kernkraftwerke, Herr Schaeren, in unserem Land und die Aufhebung des Forschungsverbotes muss von der Politik angegangen werden – Sie müssen es dann umsetzen – und hätte auch im Antrag der Kommission adressiert werden müssen. Sehr schön hierzu: Lesen Sie heute in den grossen Zeitungen über das Dilemma, welches das ländlichen Liechtenstein hat. Es hat nicht genug Energie, noch viel weniger als wir, und die einzige Möglichkeit wäre ein Kernkraftwerk in Liechtenstein. Wieso eigentlich nicht, liebe Linke, wieso lachen Sie jetzt? In der Schweiz ist das wegen den Gesetzen, die Sie hier eingebaut haben, praktisch nicht mehr möglich, in Liechtenstein wäre es das, dort kann nämlich der Fürst entscheiden. Und vielleicht geht dann die Schweiz mal nach Liechtenstein und bittet, dass man irgendwo im Rheintal – leider Gottes ein Erdbebengebiet – ein Kernkraftwerk baut. Nein, natürlich ist das nicht möglich, aber ich möchte einfach – und es würde mich freuen –, dass dieser Rat irgendwann mal sehen würde, dass er sich wirklich überlegt, wie man diese Stromlücken decken kann – und nicht, wie man alles verbieten kann, wie man links und rechts alles verbieten kann. Und jetzt kommt Herr Forrer (*Thomas Forrer*) und wird uns erklären, was er machen will von der Verbieter-Partei.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es ist ungewöhnlich, dass man an dieser Stelle nochmals spricht. Eigentlich ist das Thema ja die EKZ und nicht die Strompolitik in der Schweiz und mit welchen Mitteln wir diese hier jetzt bewerkstelligen wollen. Grundsätzlich – es wurde von unseren beiden Reden schon gesagt – begrüssen wir es und möchten das auch mit Nachdruck nochmals fordern, dass die EKZ endlich stärker beginnen, im Inland die erneuerbaren Energien auszubauen. Und da muss ich zur rechten Seite hin sagen: Selbstverständlich Wasserkraft, selbstverständlich grosse Wasserkraft, selbstverständlich Solarenergie, selbstverständlich Windenergie. Wir wollen nicht wieder ein Klumpenrisiko wie mit der Atomkraft, dass man, wenn ein Werk ausfällt oder sogar zwei, zum Glück aus dem europäischen Raum den Strom importieren kann. Aber Sie wissen ja alle, dass es immer schwieriger wird. Entsprechend ist Diversität das Gebot der Stunde. Und ich habe manchmal den Eindruck, auf der ganz rechten Seite gebe es gewisse Technologie-Verbote, zumindest in den Köpfen. Denn was haben Sie denn gegen den Solarausbau? Wir haben ihn in den letzten paar Jahrzehnten einfach verschlafen. Wir sind Schlusslicht in Europa bei der Solarenergie, und der Kanton Zürich ist eines der Schlusslichter in der Schweiz. Wir haben unsere Aufgaben nicht gemacht und da bitte ich doch, da genauer hinzusehen, anstatt über irgendein AKW Liechtenstein zu schwadronieren. Ich meine, was sind das für komische Träume?

Das kann man einfach nicht ernst nehmen. Gleichwohl möchte ich übrigens von der SVP nicht nur ein Bekenntnis zum Klimawandel, Herr Lucek, sondern sehr gerne auch noch ein Bekenntnis zum anthropogenen, das heisst menschengemachten Klimawandel hören. An der Stelle sind Sie noch nicht.

Detailberatung

I.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 162 : 1 Stimmen (bei 1 Enthaltung), Ziffer I zuzustimmen.

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich verabschiede den Verwaltungsratspräsidenten der EKZ und auch seine Leute, die ihn begleitet haben. Besten Dank.